

## Willy Brandt, Erinnerungen: Auszug über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften

**Legende:** In seinen Erinnerungen stellt Willy Brandt, ehemaliger Bundesaußenminister (1966-1969) und Bundeskanzler (1969-1974) der Bundesrepublik Deutschland, einige persönliche Überlegungen zum europäischen Einigungsprozess in der Nachkriegszeit und am Anfang der neunziger Jahre an.

**Quelle:** BRANDT, Willy. Erinnerungen. Berlin: Siedler, 1999. 527 S. ISBN 3-88680-687-1. p. 449-450; 482-484.

**Urheberrecht:** Willy Brandt

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/willy\\_brandt\\_erinnerungen\\_auszug\\_uber\\_die\\_zukunftige\\_entwicklung\\_der\\_europaischen\\_gemeinschaften-de-53b03571-1a87-46b2-9fb3-0352dc02f748.html](http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_erinnerungen_auszug_uber_die_zukunftige_entwicklung_der_europaischen_gemeinschaften-de-53b03571-1a87-46b2-9fb3-0352dc02f748.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Willy Brandt, *Erinnerungen*

[...]

Ich weiß nicht mehr, wie oft ich mich über die peinlichen bis empörenden Unzulänglichkeiten der EG geärgert habe, doch ich weiß sehr wohl, daß ich mich vom Königsgedanken der Einigung nie habe abbringen lassen. Und nun, im Übergang zu den neunziger Jahren, steht die Gemeinschaft vor einem qualitativen Sprung. Zur Jahreswende 1992/93 wird der Binnenmarkt für die zwölf Mitgliedsstaaten und 320 Millionen Menschen stehen und die Währungsunion - mit zwanzigjähriger Verspätung - Gestalt anzunehmen beginnen. Die Steuer- und Sozialgesetze müssen, allem Gezerre zum Trotz, einander angeglichen werden. Ob die Europäische Union, über die Koordinierung der Außenpolitik weit hinausreichend, dem Binnenmarkt die Krone aufsetzen wird? Und Vorrang erlangt vor neuen Beitrittsverhandlungen, die sich für die Jahre nach 1992 abzeichnen? Ob man für die Organisation der westeuropäischen Sicherheit einen gemeinsamen Rahmen findet? Und zugleich konkret - und wohl auch erfolgversprechender denn in früheren Jahren - wesentliche Elemente einer gesamteuropäischen Friedensordnung zusammenfügt? Vor bald vier Jahrzehnten scheiterte der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu begründen.

Das Büchlein, das ich während des Winters 1939/40 im Exil geschrieben hatte und das, neben Wichtigerem, der Besetzung Norwegens zum Opfer gefallen war, trug den Titel: »Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa«. Nein, ich mußte nach dem Krieg Europa nicht erst entdecken. Doch unter welchen Bedingungen war in der Nachkriegszeit Europapolitik zu gestalten? Sie hatte nicht viel gemein mit den Vorstellungen, die man sich an seinem Exilantenschreibtisch zusammengereimt hatte. Mit einer Ausnahme: Beizeiten erkannt zu haben, daß dem künftigen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eine Schlüsselrolle zufallen würde, war weder Hellseherei noch Wunschdenken entsprungen.

Daß Europa, in welcher räumlichen Ausdehnung auch immer, nur gedeihen könne, wenn Deutschland und Frankreich zukunftsorientiert miteinander umgingen, gehörte zu meinen frühen Grundeinsichten. Eine gute Tradition, die nicht zuletzt in der deutschen Sozialdemokratie verankert war, hatte mich früh auf den Weg deutschfranzösischer Aussöhnung und Freundschaft gewiesen; die Vereinigten Staaten von Europa waren 1925 auf einem Heidelberger Parteitag in den Rang einer Programmforderung erhoben worden. Meiner Partei die antieuropäische Schelle umhängen zu wollen war zu keiner Zeit gerecht. Wenn auch zugegeben sei, daß in der Frühzeit der Bundesrepublik das Bemühen um berechnete gesamteuropäische Interessen nicht immer überzeugend dem europäischen Bestreben entgegengestellt wurde.

[...]

Perfektionisten sind immer noch und immer wieder geneigt, sich die weitere Entwicklung Europas entweder als eine den gesamten Kontinent umfassende EG oder als ein neues Gebilde gesamteuropäischer Strukturen vorzustellen. Die Geschichte kennt selten ein Entweder-Oder. Ich halte beides für abwegig und rechne statt dessen mit einer erheblichen Bandbreite unterschiedlicher Grade von Zusammenarbeit. Sicher ist, daß unter dem Dach der EG dereinst mehr Europäer leben werden, als heute hier ihren Lebensraum finden. Wahrscheinlich ist, daß die eine oder andere neue Mitgliedschaft realisiert wird, nicht aber eine regelrechte Osterweiterung; ein Vergleich mit der Süderweiterung, die sich allen seinerzeitigen Unkenrufen zum Trotz als beträchtlicher Erfolg erwiesen hat, ist nicht angezeigt, auch und gerade wegen der bestehenden NATO-Zugehörigkeiten.

Wegen der NATO-Mitgliedschaft teilte ich, nach dem Übergang zur Demokratie, die Bedenken meiner spanischen Gesinnungsfreunde. Die Jugoslawen befürchteten, unter sowjetischen Druck zu geraten, wenn in einem anderen Teil des mediterranen Bereichs veränderte strategische Fakten gesetzt würden. Auch von einer Aufnahme Syriens in den Warschauer Pakt war damals die Rede. Die Lage änderte sich, und Felipe Gonzalez setzte den Beitritt nicht nur zur EG, sondern auch zum Atlantischen Bündnis durch - ohne Vollintegration und unter auch sonst für sein Land vorteilhaften Bedingungen.

Die Wahrscheinlichkeit spricht im übrigen für eine gefächerte, unterschiedlich intensive Zusammenarbeit

zwischen der EG und den östlichen Staaten mit Einschluß der Sowjetunion; diese werden kritisch-hilfreiche Begleitung auf ihrem Wege gut gebrauchen können. Einem Wege auch, auf dem sie zu verantwortlichen Partnern wichtiger internationaler Organisationen werden.

Ich schließe nicht aus, daß die eine oder andere neue blockübergreifende Institution für Europa als Ganzes ins Leben tritt. Wenn die EG ihre Umweltpolitik zu einem Angebot macht, an dem andere teilhaben können, ist dies sinnvoll und höchst begrüßenswert. Und wenn Nachbarländer sich gemeinsam jener Schutzmaßnahmen annehmen, die nur noch grenzüberschreitend eingeleitet werden können, erledigt sich das Blockdenken fast von selbst. Eine effektive, mit Mitteln und Vollmachten ausgestattete gesamteuropäische Umweltbehörde käme keinen Tag zu früh; ein explosiv gewachsenes Umweltbewußtsein mag helfen, daß nicht noch mehr Zeit vergeht.

Über die Bekämpfung der neuen gesellschaftlichen Gefahren hinaus: Es wäre eine lohnende Aufgabe, wenn Ost und West sich gemeinsam daranmachen, den weltweiten Gegensatz zwischen Nord und Süd zu überwinden. Eine über die traditionelle Entwicklungshilfe hinausreichende Anstrengung würde dem Ansehen Europas gut bekommen - nicht nur in anderen Teilen der Welt, auch in der eigenen nachwachsenden Generation. Diese fühlt sich durch mancherlei Form konkreter europäischer Zusammenarbeit, ob staatlich oder ob nicht, stärker angesprochen als durch offizielle Texte und Manifestationen.

Die Schlußakte von Helsinki und die Empfehlungen der Nachfolgekonferenzen enthalten viel Stoff, nicht nur für gemeinsame Papiere, auch, wenn man will, für Konventionen, also verbindliches europäisches Recht, auch, wenn man will, für gemeinsames Tun. Im Rahmen des Straßburger Europarats - 23 Mitglieder mit Finnland, das 1989 vom assoziierten zum Vollmitglied wurde - sind seit 1949 weit über einhundert Konventionen zu überwiegend rechtlichen, technischen und kulturellen Gegenständen verabschiedet worden. Jener zum Schutz der Menschenrechte kam dabei die herausragende Rolle zu.

Ich habe es immer als prinzipiell bedeutsam empfunden, daß, hierauf gestützt, sowohl dem griechischen Obristenregime wie der türkischen Militärherrschaft bedeutet werden konnte: Europa kann nur noch mit den Menschenrechten gesehen werden, und wer dazugehören will, hat sich daran zu halten. Nachdem sich das östliche dem westlichen Verständnis angenähert hatte, konnte es niemanden überraschen, daß sich - was immer daraus werden mag - mehrere der östlichen Staaten um Zusammenarbeit mit dem Europarat bemühten. Der war nun von seiner Verankerung in den Menschenrechten und von seiner Bürger Anspruch auf die Menschenrechte überhaupt nicht zu trennen. Gemessen an dem, was sein kann, ist diese Aufwertung von Straßburg wenig; gemessen an dem, was war, scheint die Geschichte Sprünge gemacht zu haben.

[...]